

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 03/2013

20. Jahrgang

52. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3. April 2013

Hürden zu hoch beim „Bildungs- und Teilhabepaket“ des Bundes:

Stadt gibt 800.000 Euro zurück

Das Wortungetüm Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung hat genau die Wirkung, die von erfahrenen Sozialpolitikern von Beginn an befürchtet worden ist: Anspruchsberechtigte müssen, um in den Genuss der finanziellen Unterstützung für Schulbedarf, Schülerbeförderung, Lernförderung, Schulessen und „Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben“ zu kommen, diese beantragen und ihre Bedürftigkeit einmal mehr offenbaren.

Dass eine große Hemmschwelle besteht, zu den zuständigen Instanzen zu gehen und zu erklären, für sein eigenes Kind nicht ausreichend sorgen zu können, ist verständlich.

Laut Sozialamt waren im vorigen Jahr 5350 Kinder in Potsdam „leistungsberechtigt“. Anfang September 2012 waren für 3004 Kinder insgesamt 4234

Leistungen in Anspruch genommen worden. Das sind noch nicht einmal 60 Prozent der Kinder, die Unterstützung bekommen könnten. Dafür hat die Stadt im Jahr 2012 bis dahin 420.700,00 Euro ausgegeben – über 800.000 Euro der vom Bund ans Sozialamt überwiesenen Gelder sind nicht beansprucht worden.

„Ein Unding“, findet DIE LINKE, „dass Geld, das für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche zur Verfügung gestellt worden ist, wieder zurückgegeben werden soll.“ Es gebe genügend Einsatzmöglichkeiten, das Geld sinnentsprechend für Maßnahmen aus dem SGB VIII zu verwenden, forderte Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg bei der Begründung

des Antrags. „Kostenloses Schulessen für benachteiligte Schüler haben wir in Potsdam bisher nicht, das könnte davon finanziert werden.“

Nachdem die zuständige Beigeordnete Elona Müller-Preinesberger ausgeführt hatte, dass es sich beim Bildungs- und Teilhabepaket um eine „klare bundesgesetzliche Regelung“ handele und eine Revision der Mittelverwendung angekündigt sei, betonte Scharfenberg: „Diese Konstruktion des Bildungs- und Teilhabepakets müssen wir nicht teilen“, und er berief sich darauf, dass selbst aus der Landesregierung und aus dem Städte- und Gemeindebund dafür geworben werde, die Mittel nicht zurückzugeben, weil die Erlangung der Hilfe für den Einzelnen zu undurchsichtig und kompliziert ist. Die Städte könnten

dieses Geld zielgerichtet für konkrete Maßnahmen einsetzen.

Doch dazu hatten die Stadtverordneten in vorseilendem Gehorsam nicht den Mut und lehnten den Antrag ab, obwohl Potsdam in Brandenburg nicht das einzige Beispiel wäre. Birgit Morgenroth fasste zusammen, wie es der SPD geht: Wenn wir das Geld dann aber doch zurückzahlen müssen, dann müssen wir es aus unserem Haushalt nehmen...

Ja, aber vorher käme die Auseinandersetzung nicht nur Potsdams mit dem Bund. Und warum sollte man nicht für die berechtigte Korrektur einer Sache streiten, die sich in ihrer Durchführung vor Ort als wirklichkeitsfern erwiesen hat?



Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

in ruhiger, fast harmonischer Atmosphäre haben die Stadtverordneten unerwartete Entscheidungen getroffen. So ist die realitätsfremde Initiative der SPD, das Haus des Reisens als Leitfassade nach dem Vorbild der Alten Post von Unger errichten zu lassen, mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden. Jetzt kann die Pro Potsdam dieses Grundstück in naher Zukunft nach dem Entwurf des Architekten Redlich bebauen, wofür sich DIE LINKE von vornherein eingesetzt hatte.

Zur Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung wollte die SPD mit ihren Bündnispartnern ursprünglich erreichen, dass künftig alle Anträge ohne Debatte sofort in die Ausschüsse überwiesen werden. Dann sollte eine einheitliche Redezeit von maximal fünf Minuten je Fraktion festgelegt werden, um offensichtlich die Linksfraktion zu treffen, die mit Abstand die meisten Anträge einbringt. Die Stadtverordneten folgten jedoch mehrheitlich unserer Auffassung, in dieser Wahlperiode keine Veränderung der Redezeiten vorzunehmen.

Schließlich zeichnet sich nach jahrelanger Diskussion nun eine Lösung für den von der LINKEN konsequent geforderten Erhalt des „Archiv“ in der Leipziger Straße ab. Jetzt ist die Verwaltung bereit, mit einem Erbbaurechtsvertrag eine tragfähige Grundlage für die notwendige Sanierung des Gebäudes zu schaffen. Wenn die Stadtverordneten im Hauptausschuss mehrheitlich zustimmen, kann das Archiv nach der Brandschutzsanierung in wenigen Monaten wieder öffnen.

Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Erinnerung und Gedenken in Potsdam



Gedenken und Erinnern ist ein Teil unseres Lebens und gehört zu unserer Kultur. In der Landeshauptstadt Potsdam finden wir nicht nur Orte des Erinnerns, wir entdecken auch Denkmäler, Stelen, Tafeln und Stolpersteine. Aber wie soll es weitergehen?

DIE LINKE ist der Ansicht, dass es gut ist, wenn nunmehr konzeptionelle Gedanken zur Gedenkkultur erarbeitet werden. Dazu hatte die Fraktion Anfang 2012 den Anstoß in der SVV gegeben und zugleich für einen gemeinsamen Gedenkort am 27. Januar in der Stadt erworben. Wir schlagen dafür den Platz der Einheit an der Flamme vor.

Wir sollten uns auch die Frage stellen, in welcher Weise sich Gedenkkultur verändert hat und vor allem, wie wir dabei junge Leute erreichen. Bei ihnen spielen sicher die eigene Erfahrung und die selbständige Auseinandersetzung eine wichtige Rolle. Die Stadt kann dafür ein wichtiger Initiator sein. Ein erstes Treffen im März hat es zur Diskussion vieler Fragen gegeben, das sehr gute Resonanz fand.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich stets dafür eingesetzt, dass in der Gedenkstätte Lindenstraße die Zeit von 1933 bis 45 weiter erforscht und im Haus dargestellt wird.

Die Thematik der zahllosen ausländischen Zwangsarbeiter in Potsdam ist wissenschaftlich aufgearbeitet. Wir haben uns für eine Kennzeichnung aller Orte des Leids der unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungenen Männer und Frauen im städtischen Raum ausgesprochen.

*Dr. Karin Schröter
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Kulturpolitische Sprecherin*

175 Jahre RAW und Eisenbahnbetrieb Berlin – Potsdam

Das Eisenbahnzeitalter begann für Potsdam vor 175 Jahren. 1838 wurde die erste preußische Eisenbahnlinie zwischen Berlin und Potsdam eröffnet. Im gleichen Jahr entstand auf einem Guts Gelände unmittelbar am Bahnhof Potsdam die „Königliche Eisenbahnhauptwerkstatt“, die mit der Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1871 in das „Reichbahnausbesserungswerk“, kurz RAW, umbenannt wurde.

Dieses Jubiläum veranlasste Birgit Müller zu der Frage, ob die Verwaltung diesen Anlass in irgendeiner Weise würdigen werde.

Kulturdezernentin Dr. Iris Jana Magdowski teilte mit, dass seitens der Stadt keine Festlichkeiten geplant seien, der Großteil des ehemaligen RAW sei nach 1989 stillgelegt und abgerissen worden. Nur wenige historische Gebäude, wie der Wasserturm, existierten noch. Auf Nachfrage von Ralf Jäkel sagte sie zu, aufgeschlossen für Initiativen aus der Bürgerschaft zu sein und diese zu unterstützen.

Bürgerbahnhof

Die Sanierung und die Konzeption des künftigen Bürgerbahnhofs in der Geschwister-Scholl-Straße hatte das Interesse der Bürgerinnen und Bürger geweckt, der für die Eröffnung als Ausflugslokal in Aussicht gestellte Termin 2012 sei aber überschritten. Wie gehe es weiter, fragte Dr. Karin Schröter.

Baudezernent Matthias Klipp bedauerte gleichfalls, noch nicht im Biergarten sitzen zu können. „An uns liegt es aber nicht“, sagte er. Die Schäden am Dach seien größer als erwartet gewesen. Bei entsprechendem Wetter werde weiter gebaut und er sei zuversichtlich, im Sommer dieses Jahres „auf die Eröffnung anstoßen“ zu können.

Radarfalle Kaiser-Friedrich-Straße

Die stationäre Geschwindigkeitsmessung in der Kaiser-Friedrich-Straße befindet sich seit Jahren an einer Stelle mit geringem Gefahrenpotential, hat Ralf Jäkel festgestellt. Er schlägt nach Eltern- und Anliegerhinweisen vor, die Messeinrichtung in den Bereich der 30 km/h-Zone zwischen Schule und Kita zu versetzen.

Abgelehnt

Straßenreinigungssatzung

Trotz der massiven Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern besonders aus Babelsberg und der Innenstadt über die Neueinstufung ihrer Straße in eine andere Reinigungsklasse und damit verbundene wesentliche Gebührenerhöhung wird es keine Überarbeitung der Straßenreinigungssatzung geben. Die SVV lehnte einen entsprechenden Antrag der LINKEN ab.

Die Einwohnerfragestunde mit den zahlreichen Beschwerden verstehe er als Auftrag zur Überarbeitung, sagte Ralf Jäkel. Elona Müller-Preinesberger begründete ihre Ablehnung damit, dass sie gerade dabei ist, die Bürger der Reinigungsklasse 6 zu befragen, die zahlreichen Einwendungen werden geprüft und es werde möglicherweise „nachjustiert“. Eine Satzung sei aber kein „Bürgerwunschverfahren“, sie könne nicht auf individuellen Interessen basieren.

Die Dezernentin Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass die stationäre Messeinrichtung mit Sensoren in der Straße verbunden und nicht so leicht umzusetzen sei. Wartung und Pflege kosteten im Jahr 14.000 Euro. In der 30er-Zone zur Schulwegsicherung sei es sinnvoller, „immer mal wieder“ mobile Geräte einzusetzen.

Zeppelinstraße – Michendorfer Chaussee – Havelspange

Wenig aufschlussreich war die Antwort von Matthias Klipp auf zwei Fragen von Ralf Jäkel über eine mögliche Entlastungswirkung der „Havelspange“ auf die Zeppelinstraße und die Michendorfer Chaussee. Er verwies mehrfach auf das zur Zeit bearbeitete Stadtentwicklungskonzept Verkehr, das noch im ersten Halbjahr vorliegen soll. Auf die Nachfrage von Jäkel versicherte er, dass die Stadtverordneten mit der Vorlage rechtzeitig in die Lage versetzt werden „für fundierte Entscheidungen“, falls das Projekt möglicherweise in den Bundesverkehrswegeplan bis Herbst dieses Jahres eingebracht werden muss.

Bürgerhaus Stern*Zeichen

Im Bürgerhaus Stern*Zeichen – Betreiber ist der Demokratische Frauenbund – hat auch die Volkshochschule Potsdam Räume gemietet, darunter auch den Saal. Dieser wird auch für viele Veranstaltungen (Kabarett, Tanz- und Sportgruppen) genutzt. Da die Volkshochschule aus dem Bürgerhaus ausziehen und in das Gebäude des neuen Bildungsforums einziehen wird, hofft der Betreiber, dass er den Saal trotzdem weiter nutzen kann, denn das Bürgerhaus ist mit seinen vielfältigen Angeboten ein beliebter Treffpunkt im Wohngebiet Am Stern. Die Volkshochschule hatte einen erheblichen Mietanteil für das Bürgerhaus an den KIS bezahlt. Gudrun Hofmeister hat die Sorgen der Sternzeichen-Betreiber aufgenommen und gefragt, ob die Nutzung des Saales auch nach Auszug der Volkshochschule gewährleistet ist.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass zum Ende des 1. Halbjahres die Volkshochschule die Verantwortung an den Träger übergeben soll. In welcher Form die Finanzierung erfolgen soll, sei noch nicht geklärt. Fest steht aber, dass die Nutzung des Saales durch das Bürgerhaus ein Mehr an zu zahlender Miete bedeute.

Begrüßungsgeld für Studierende abgeschafft

In einer Kampfabstimmung bekam die Verwaltung ihren Vorschlag durch, das Begrüßungsgeld für Studierende von 50 Euro pro Semester für diejenigen, die sich für einen Hauptwohnsitz in Potsdam anmelden, in Zukunft nicht mehr zu zahlen.

Hans-Jürgen Scharfenberg appellierte vergeblich, die Regelung beizubehalten. Man müsse auch zeigen, dass Potsdam eine studentenfreundliche Stadt ist. Sogar eine „arme“ Stadt wie Brandenburg zahle diese Pauschale. Nachdem ein SPD-Vorschlag, den Studenten einmalig 100 Euro zu geben, mit 18:18 Stimmen abgelehnt worden war, bekam der Antrag der Verwaltung 19 Stimmen bei 16 Gegenstimmen. Die LINKE hat geschlossen dagegen gestimmt.

Freihaltetrasse für ÖPNV für Entwicklungsgebiet Krampnitz

Mit einem Antrag wollte die LINKE gewährleisten, dass eine Trasse für die geplante Erschließung des Entwicklungsgebietes Krampnitz mit einer Straßenbahnlinie (einschließlich Nedlitzer Straße und Neu Fahrland) eingeplant wird. Die SPD hatte dazu einen Ergänzungsantrag eingereicht, dass die Freihaltetrasse zunächst als Busspur gebaut werden soll. Diesen Antrag zog die SPD zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen zurück. Der Ortsbeirat Fahrland hatte inzwischen beiden Anträgen zugestimmt, Neu Fahrland hatte abgelehnt, weil erst ein grundsätzliches Verkehrskonzept für den Norden erarbeitet werden müsse. Mit der Änderung aus dem SB-Ausschuss, eine Freihaltetrasse für den ÖPNV einschließlich Straßenbahn einzuplanen, wurde der Antrag beschlossen.

Alte Post ohne Leitfassade

Mehrere Anträge zur „Alten Post“ waren in den Ausschüssen beraten worden, auch der der LINKEN, nach dem die Pro Potsdam das Grundstück in eigener Verantwortung entwickeln soll, nachdem die Ausschreibung jahrelang keinen Erfolg gebracht hat. Daraufhin war von SPD/B90/Grüne und FDP in einem Antrag verlangt worden, das Gebäude als Leitfassade nach der ursprünglichen Architektur von Georg Christian Unger zu errichten. Nach kontroversen Diskussionen in den Ausschüssen formulierte der Hauptausschuss auf der Grundlage eines Änderungsantrages von BürgerBündnis und CDU/ANW schließlich einen Antrag, in dem das Wort Leitfassade ausdrücklich

gestrichen wird und das Gebäude nach dem Vorschlag des von der Pro Potsdam beauftragten Architekturbüros Redlich „in Anlehnung an Unger“ errichtet werden soll. Die LINKE stimmte dieser Formulierung zu, weil der Sinn ihres Antrages damit erfüllt ist.

Fuß- und Radweg vom Hauptbahnhof zum Kiewitt

Eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung eines durchgehenden Fuß- und Radweges entlang der Eisenbahnstrecke zwischen Hauptbahnhof und Kiewitt in Potsdam-West sollte nach dem Antrag der LINKEN erarbeitet werden. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen war nach Einwand von Baudezernent Matthias Klipp, dass dafür kein Geld vorhanden sei, der Antrag umformuliert worden: Es sollen „im Rahmen der Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes Möglichkeiten und Priorität“ untersucht werden. Dieser Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Brücke des Friedens

Die neue Nedlitzer Südbrücke soll den Namen ihres abgerissenen Vorgängers „Brücke des Friedens“ tragen. Das Schild soll in würdiger Form an geeigneter Stelle angebracht werden. Ralf Jäkel begründete den Antrag. Er hatte sich erkundigt, dass das sichergestellte alte Brückenschild überarbeitet wird, solange es aber keinen politischen Auftrag dazu gebe, werde es nicht angebracht.

Ehrenamtsspass mit Landkreis Potsdam-Mittelmark

Nachdem der Hauptausschuss zugestimmt hat, nahm auch die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der LINKEN an, dass der Oberbürgermeister prüfen soll, ob und welche Leistungen für Inhaber des Ehrenamtspasses gemeinsam mit Potsdam-Mittelmark angeboten werden können. Über das Ergebnis soll er im Juni informieren.

Beauftragte/r für Kooperation mit den Nachbarkreisen

Zur weiteren Forcierung und Ausgestaltung der Kooperation mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Havelland soll ein/e Kooperationsbeauftragte/r eingesetzt werden. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag der LINKEN, das Thema sei aktuell und müsse kontinuierlich bearbeitet werden, dazu müsse aber keine neue Personalstelle geschaffen werden.

Mittagsversorgung am OSZ

Durch Insolvenz des Betreibers gibt es im Oberstufenzentrum „Johanna Just“ seit Herbst vorigen Jahres keine Mittagsversorgung mehr für Schüler und Lehrer. Obwohl die Essenversorgung in berufsbildenden Schulen nicht zwingend vorgeschrieben ist, die Räumlichkeiten aber vorhanden sind, sollte der KIS zu einer Neuausschreibung beauftragt werden, führte Stefan Wollenberg in seiner Antragsbegründung aus. Die fehlende Mittagsversorgung stelle einen erheblichen Mangel dar, der schnell behoben werden muss. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

Überwiesen in die Ausschüsse

Umsetzung Potsdam 22

Im Hauptausschuss sollen erste Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums Potsdam 22 zur Erarbeitung eines wohnungspolitischen Konzepts beraten werden.

Der Bericht der Experten gebe genügend Anlass und Möglichkeiten sofort zu handeln, begründete Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN, mit dem eine bundesgesetzliche Mietrechtsänderung zur Begrenzung von Mieten bei Neuvermietungen befördert werden soll. Bei Entscheidungen der SVV, die zu höheren Betriebskosten führen können, sollen die aktuellen Wohnkosten berücksichtigt werden, der Oberbürgermeister soll im Dezember 2013 einen Bericht zur bedarfsgerechten Beschleunigung und sozialverträglichen Qualifizierung des Wohnungsbaus erarbeiten. Ergänzt hatte Die Andere den Antrag damit, dass im Mietrecht die Möglichkeit gestrichen wird, dass die Grundsteuer als Betriebskosten geltend gemacht werden kann.

Durchgang im Schäferfeld

Der öffentliche Durchgang im Schäferfeld soll wieder hergestellt werden. Nachdem der benachbarte Ga-

ragenverein sich gegen einen Grundstückstausch ausgesprochen hatte, soll der Weg auf dem der Stadt gehörenden Grundstück oberhalb des Garagengrundstücks eingerichtet werden. Dieses Anliegen hatte Die LINKE schon mehrmals aufgerufen. Die Verwaltung hat es aber bisher nicht geschafft, diese Zielstellung zu befördern.

Der Antrag wurde in den SB-Ausschuss und den Finanzausschuss überwiesen.

Ordnung und Sauberkeit am Schlaatz

Mit ihrem Antrag hatte die LINKE die Sorge von Bewohnern aufgegriffen, die mit dem Zustand im Wohngebiet unzufrieden sind. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte daran, dass alle Fraktionen entsprechende Schreiben erhalten hätten. Er wisse um die Initiativen der Pro Potsdam, die zusätzliche Abfallbehälter aufgestellt habe, die allerdings zerstört oder nicht regelmäßig geleert würden. Zahlreiche illegale Sperrmüllecken müssten ständig beräumt werden.

Elona Müller-Preinesberger berichtete, dass bereits 9 mal illegaler Sperrmüll entsorgt werden musste,

dass Vandalismus bei Papierkörben und Hundetoiletten problematisch sei. Nach dem Antrag der LINKEN, der in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umwelt und Landwirtschaft überwiesen wurde, soll noch im Frühjahr eine Begehung durch das Ordnungsamt durchgeführt werden, zu der Bewohner des Wohngebietes eingeladen werden.

Ausbau Lindstedter Straße

Der Antrag der LINKEN, einen ortsüblichen Ausbau der Lindstedter Straße einzuleiten, ist seit drei Monaten nicht behandelt worden. Baudezernent Matthias Klipp schlug vor, den Antrag bis zum Beschluss des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr zurückzustellen, um zu entscheiden, wie die Straße ausgebaut werden soll. Der Antrag wurde erneut in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen überwiesen. Ralf Jäkel entgegnete, dass im von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Nahverkehrsplan bereits festgelegt worden ist, dass in der Lindstedter Straße keine Straßenbahn fahren soll, eine Entscheidung also durchaus herbeiführbar sei.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
15.; 22. und 29. April 2013; 6. und 13. Mai 2013

53. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
8. Mai 2013, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Bürgertreff Waldstadt II (BIWA), Saarmunder Straße 44, Stadtteil Waldstadt II
12. Mai 2013, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 4/2013

Stadthaus, Raum 3.107
17. bis 22. Mai 2013 (außer Sa. und So.) Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info- Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.

Bürgersprechstunde Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

am 18.4.2013 ab 16:30 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorankmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/6005069;
Mail: wkscharfenberg@aol.com

Wohnen muss ein Grundrecht werden



Die kontinuierlichen Mieterhöhungen standen im Mittelpunkt des Sonntags-Stammtisches der LINKEN in Babelsberg. Der Mietspiegel – einst als Schutz der Mieter vor willkürlichen Mieterhöhungen eingeführt, erweise sich zunehmend als Instrument der Mietsteigerung – so die einhellige Meinung der Stammtischgäste. Dabei konnte der Fraktionsvorsitzende Hans-Jürgen Scharfenberg darauf verweisen, dass die LINKE das Thema in jeder Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung setzt. Mit dem durchgebrachten Beschluss einer Grenze von 10 Prozent Mieterhöhung bei Neuvermietung in der städtischen Wohnungsgesellschaft ProPotsdam habe man ein Zeichen des größten Wohnungsunternehmens der Stadt setzen wollen, da private Wohnungsunternehmen nicht durch die SVV verpflichtet werden können. In einem Antrag an die SVV will die LINKE jetzt erreichen, dass die Stadt Potsdam sich für eine bundesweite Änderung des Mietrechtes einsetzt. Die Zeit des Wahlkampfes sei günstig dafür, meinte er. Und Norbert Müller, der Direktkandidat der LINKEN für die Bundestagswahl, der mit Familie zum Rathausreport Live gekommen ist, hakt hier ein: Er werde im Wahlkampf gerade bei diesem

Thema die SPD fordern und beim Wort nehmen. Hans-Jürgen Scharfenberg nimmt die Bestätigung mit, dass die LINKE das Thema Mieten in Potsdam weiter konsequent verfolgt. Wohnungen werden heute als Ware betrachtet, „aber Wohnen muss ein Grundrecht werden“. Die LINKE werde diesen Kurs weiter verfolgen, aber auch die Mieter sollten ihre Rechte wahrnehmen. Er erinnerte an die Heidesiedlung in Babelsberg, die die Pro Potsdam verkaufen wollte, weil sie die Sanierung nicht bezahlen könne, die Mieter der ca. 90 Wohnungen sich aber geschlossen dagegen wehren. Mit ihrem Protest auch vor der SVV hatten sie die Bildung einer Arbeitsgruppe erreicht, die bisher viermal getagt hat, wie Birgit Müller, die LINKEN-Abgeordnete des Wahlkreises Babelsberg, mitteilte. Dabei sei man von der Konfrontation zur Gesprächsbereitschaft gelangt. Mehr könne sie über die nichtöffentlichen Sitzungen der Arbeitsgruppe nicht sagen. Hans-Jürgen Scharfenberg ergänzte, ohne konkret zu werden: „Wir sind noch nicht ganz über den Berg, aber es gibt gute Chancen, dass die Pro Potsdam nicht verkauft.“ Sie müsse dann aber sanieren, was nicht eingeplant ist. Dafür müsse man eine Lösung finden.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam